

Antrag

der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Dr. Peter Paziorek, Cajus Caesar, Marie-Luise Dött, Georg Girisch, Siegfried Hornung, Helmut Lamp, Dr. Paul Laufs, Vera Lengsfeld, Bernward Müller (Jena), Franz Obermeier, Christa Reichard (Dresden), Hans-Peter Replik, Dr. Christian Ruck, Hans Peter Schmitz (Baesweiler), Werner Wittlich und der Fraktion der CDU/CSU

Zukunft der nuklearen Entsorgung – Entsorgungskonzept jetzt vorlegen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Im Juni 1999 ist dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die Große Anfrage „Zukunft der friedlichen Nutzung der Kernenergie – Zukunft der Entsorgung“ der CDU/CSU-Fraktion vom Präsidenten des Deutschen Bundestages zur Beantwortung zugeleitet worden.

Diese Beantwortung ist bis heute nicht erfolgt, eine weitere – vierte – Verlängerung der Beantwortungsfrist bis Mitte Dezember 2000 ist vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beim Präsidenten beantragt worden.

2. Der Deutsche Bundestag rügt ausdrücklich das Verhalten des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Der Deutsche Bundestag erkennt in diesem Verhalten einen Verstoß gegen die verfassungsmäßigen Rechte des Parlamentes und fordert die unverzügliche Beantwortung der Großen Anfrage.

3. Durch die Vereinbarung der Bundesregierung mit den Kernkraftwerksbetreibern wurde der von Bund und Ländern 1979/1980 und 1990 erzielte Konsens über die Entsorgung von nuklearen Abfällen auf verfassungspolitisch bedenkliche Weise einseitig aufgelöst, ohne ein neues überzeugendes Entsorgungskonzept vorzulegen. Unverantwortlich ist die Unterbrechung der Erkundung des Salzstockes Gorleben. Zweifelhaft sind die Zwischenlösungen kraftwerksnaher Zwischenlager.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. ein Mengen- und Bedarfsgerüst auf dem Hintergrund der getroffenen Vereinbarung mit den Energieversorgungsunternehmen vorzulegen.

2. die Gründe für die einseitige und unabgestimmte Abkehr vom bestehenden Entsorgungskonzept anzugeben und ohne weitere Verzögerung ein Alternativkonzept zur Entsorgung nuklearer Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland vorzulegen, insbesondere den Kapazitätsbedarf von Zwischen- und Endlagern nachzuweisen.

3. den Stand der Projekte
 - Erkundung Salzstock Gorleben
 - Schacht Konrad
 - Pilotkonditionierungsanlage Gorleben
 - Stilllegung Morslebendarzulegen.
4. ein Programm für die Erhaltung der personellen Kompetenz bei Forschung und Lehre in der Kerntechnik und der Sicherheit der Anlage vorzulegen.
5. darzulegen, wie sie den finanziellen und sozialen Ausgleich für den Verlust von Arbeitsplätzen in Gorleben schaffen will.

Berlin, den 10. November 2000

Kurt-Dieter Grill
Dr. Peter Paziorek
Cajus Caesar
Marie-Luise Dött
Georg Girisch
Siegfried Hornung
Helmut Lamp
Dr. Paul Laufs
Vera Lengsfeld
Bernward Müller (Jena)
Franz Obermeier
Christa Reichard (Dresden)
Hans-Peter Repnik
Dr. Christian Ruck
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Werner Wittlich
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion